

Die Militarisierung des Zivilen

Betrachtungen über den Wandel der Sicherheit und die friedenspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

von Thomas Roithner

MAD prägte lange Zeit die sicherheitspolitische Diskussion zwischen Washington und Moskau im Kalten Krieg. MAD steht für „mutually assured destruction“ – also die gegenseitige versicherte Zerstörung. Zahlreiche multilaterale Institutionen, Verträge und Abkommen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung sind entstanden. In den 80er Jahren prägten u.a. Willy Brandt und Olof Palme Debatten über die „gemeinsame Sicherheit“. Dass man nur sicher ist, wenn auch der Gegner sicher ist, sollte ein Dialogklima schaffen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion legte für die US-Strategen ein Umdenken nahe. Die „umfassende Sicherheit“ – neben militärischen auch wirtschaftliche, soziale, ökologische oder kulturelle Dimensionen – wurde entwickelt. Von Seiten der Friedensbewegung war damit die Hoffnung verbunden, militärischen Ansätzen in einer Welt mit weniger Bedrohung die Bedeutung zu nehmen und Teile der militärischen Eliten erhofften sich eine Militarisierung klassischer ziviler außenpolitischer Aufgaben für ihr eigenes Fortbestehen. Heute ist der Begriff der „menschlichen Sicherheit“ – der Mensch und nicht der Staat steht im Mittelpunkt – in Diskussion.

Nicht zuletzt die globalisierungskritische Bewegung hat mitgeholfen, aktuelle Herausforderungen für die internationalen Beziehungen zu definieren. Mehr als 10 Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben heute jährlich an Unterernährung, Seuchen und Wasserverschmutzung. Es leben 1,8 Milliarden Menschen (1/5 der Menschheit) mit weniger als 1 US\$ pro Tag. Die Einkommensunterschiede zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern lag 1820 noch bei 3 zu 1, 1950 bei 35 zu 1 und 1992 schließlich bei 72 zu 1. Bereits zu Beginn der 90er Jahre hatten 22 der insgesamt 51 Kriege zumindest teilweise eine Umweltursache. Ein Blick nach Österreich genügt, um auch hier zu sehen, dass eine Erhöhung der Rüstungsbudget durch Eurofighter & Co die Sorgen und Ängste der Menschen um Arbeitsplätze, Gesundheit, Sozialpolitik oder Pensionen nicht mindert.

Die Friedensforschung hat dennoch in den letzten 10 Jahren einen deutlichen Anstieg der Rüstungsausgaben feststellen müssen. Mittlerweile werden über 1000 Mrd. US\$ für Rüstung ausgegeben und die Kassen der Rüstungsindustrie klingeln. Die Militärstrategen der USA, der EU oder der NATO haben längst reagiert und zimmern zum Teil mit einer Portion Angst aus nichtmilitärischen Herausforderungen eine veritable militärische Legitimation und entsprechende Interventionspläne. Die Militarisierung und Instrumentalisierung von Umwelt-, Flüchtlings-, Menschenrechts-, Entwicklungspolitik oder humanitärer Hilfe ist die fatale Folge.

Eine komplexe und interdependente Welt verlangt ein breites Spektrum an Zugängen und Handlungsmöglichkeiten im Sinne eines umfassenden Friedens und einer menschlichen Entwicklung statt einer Militarisierung. Das zeigt uns die humanitäre Situation während der imperialen US-Kriege in Afghanistan und Irak offen genug.